

Höflichkeitsbesuch bei Aussenminister Qian Qichen (Q),
am 7. Mai 1991, 16:00-16:45

Auch Aussenminister Qian wies nach den Höflichkeiten auf die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten hin und unterstrich die frühe Anerkennung der chinesischen Regierung. Gleichzeitig gab er der Hoffnung Ausdruck, dass die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen eine Weiterentwicklung erfahren.

Auch (J) unterstrich den Wert, den die Schweiz auf die Weiterentwicklung der guten Beziehungen legt und unterstrich, dass heute der Moment gekommen sei, China zu zeigen, dass schweizerischerseits keine Isolierung geplant sei. Gleichzeitig diene der Besuch der Unterstützung der Reformkräfte im Land. Die Schweiz nehme im Konzert mit anderen europäischen Nationen am Hilfsprogramm zur Unterstützung für die mittel- und osteuropäischen Nationen teil. In diesem sei die westliche Hilfe an die Bedingungen eines Mehrparteiensystems, an freie und geheime Wahlen und an die Rechtsstaatlichkeit sowie die Gewährung der Menschenrechte geknüpft. Zudem müssten sich die Länder auf dem Weg zur Marktwirtschaft befinden. Obwohl man sich bewusst sei, dass die europäischen Verhältnisse nicht unbesehen auf China übertragen werden könnten, gehe doch eine Philosophie aus den osteuropäischen Unterstützungsmaßnahmen hervor, die grundsätzlich auch auf China anwendbar sei. Wert würde hier auf Fortschritt der Reformen mit Rücksichtnahme auf individuelle Freiheits- und Menschenrechte gelegt.

Hierauf antwortete (Q), in bezug auf **Osteuropa** respektiere China die Wahl des jeweiligen Staates und Volkes. Wenn diese Form des Fortschritts gewählt werde, sei es nicht an anderen Staaten, dagegen Einwände zu erheben. Gleichzeitig hob (Q) hervor, dass er hoffe, die Hilfe an Osteuropa bedeute keine Vernachlässigung der Hilfe an Asien. Gerade in China sei die Frage der Stabilität vorrangig, da auch Osteuropa kein Hehl aus den allgemeinen Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Natur gemacht habe. Im Falle Europas sei dies angenommen worden.

Diese allgemeinen Unsicherheiten hielten auch in Osteuropa die Investoren ab, dort im erforderlichen Mass zu investieren. Für private Investoren seien nicht primär Mehrparteiensystem und Menschenrechte ausschlaggebend, die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sei Basis für die Abschätzung des Investitionsrisikos. Es werde gerade in Osteuropa noch länger gehen, bis die für eine positive Abschätzung des Investitionsrisikos notwendige Stabilität gegeben sei.

China sei ein grosses Land, in dem die Schwierigkeiten deshalb auch ganz andere Massstäbe annähmen. Wenn hier die Stabilität nicht garantiert werden könne, seien Abwanderungen in Millionenhöhe ins Ausland zu erwarten. Albanien sei für dieses Szenarium ein Beispiel. Wende man es auf China an, so könne eine derartige Entwicklung einfach nicht im Interesse des Auslandes liegen. Der chinesische Beitrag zum Weltfrieden gehe über die innere Stabilität und die wirtschaftliche Oeffnung, welche eine graduelle Steigerung des Lebensniveaus in China ermöglichen werde. Das chinesische Fünftel der Weltbevölkerung müsse aus sich selbst ernährbar sein, die Stabilität müsse garantiert werden können, weltpolitisch sei dies die prioritäre Aufgabe.

- 2 -

(J) gab zur Antwort, dass die politischen Wandlungen in Osteuropa bereits stattgefunden hätten, wirtschaftlich jedoch noch grosse Schwierigkeiten beständen. Der Unterschied zu China ergebe sich allein schon im Mitteleinsatz. In der VR China seien hingegen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen. Zwischen der VR China und der Schweiz beständen diese im Bereich des Investitionsschutzes, das Doppelbesteuerungsabkommen werde voraussichtlich im Sommer ratifiziert. Damit sei es nun am chinesischen Staat, eine für den Investor ersichtliche stabile, glaubwürdige und voraussehbare Wirtschaftspolitik zu verfolgen.

(Q) ging dann in einigen Worten auf den bevorstehenden **Besuch von Generalsekretär Jiang Zemin in Moskau** ein. Als Präsident Gorbatschow in Beijing weilte (Mai 1989), sei dies in einer schwierigen Zeit geschehen. Der Besuch Jiang Zemin bilde nun den Gegenbesuch dazu. Die UdSSR sei der grösste Nachbar Chinas, mit einer Grenze von 7300 km. In den fünfziger Jahren hätten gute Bündnisbeziehungen bestanden, in den siebziger Jahren sei darauf eine konfliktuelle Situation entstanden. Spannungen mit einem Nachbarstaat wären nicht normal, man versuche deshalb, gutnachbarliche Beziehungen mit der UdSSR herzustellen, ohne die Bündnisbeziehungen als solche wieder errichten zu wollen.

Anlässlich des Besuchs werde man sich nicht zur internen Lage in der UdSSR äussern. Hauptthema werde die Information über die Lage in China bilden, ohne über Entwicklungen in der UdSSR urteilen zu wollen. China habe seinen eigenen Weg zu gehen, wie die UdSSR auch. Die zukünftigen Beziehungen müssten von gegenseitigem Respekt und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten gekennzeichnet sein. Auf die Frage von (J), ob man in China nicht darüber beunruhigt sei, dass die UdSSR viele Waffen anstelle der Vernichtung in den asiatischen Raum des Landes verlegt habe, sagte (Q), dass China diese Situation verfolge, dass aber auf Grund der internen Lage im Nachbarstaat keine abschliessende Einschätzung möglich wäre. Niemand wisse vorläufig, in welche Richtung die Entwicklungen tendierten.

Zum **amerikanisch-chinesischen Verhältnis** meinte (Q), es gebe Bemühungen, dieses zu verbessern. Nach der Oeffnung des Verhältnisses anfangs der siebziger Jahre unter Präsident Nixon und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen 1978 habe sich das Verhältnis positiv entwickelt. In letzter Zeit sei jedoch im Kongress unter Demokraten und Republikanern die Chinapolitik diskutiert worden, was die Lage kompliziert hätte. Wenn von den grundsätzlichen gemeinsamen Interessen ausgegangen werde, anstatt auf partikuläre Interessen abzustützen, wie dies gewisse Leute im Kongress täten, werde deutlich, dass eine Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen im beidseitigen Interesse wichtig sei. Die Regierung und die Administration schienen dieser Ansicht zu sein, doch wäre die politische Lage in den USA sehr kompliziert.

Abschliessend meinte (J), sowohl für Europa wie für China seien gute Beziehungen zu den USA wichtig. Gleichzeitig sei auch auf dem Hintergrund der Instabilität der UdSSR die Stabilität in Europa und China von grosser Wichtigkeit. Dabei gehe die sowjetische Bedrohung nicht aus dem militärischen Bereich, sondern aus der allgemeinen Unsicherheit hervor, die Unruhe und Auswanderung begünstigten. So negativ es wäre, die UdSSR zu isolieren, so negativ wäre es, China zu isolieren. China und Europa müssten der

- 3 -

Sowjetunion eine gewisse Sicherheitsgarantie geben können, der Grund, wieso beispielsweise Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei nicht in die NATO aufgenommen worden seien. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass schliesslich auch in Asien ein kollektives Sicherheitssystem aufgebaut werden könne.

H.J. Roth